

Mittwoch, 19. Mai 2021

# Bevölkerung kann online mitwirken

## Atommüll-Endlagersuche

KREIS CUXHAVEN. Die Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager hat die halbe Republik in Wallung gebracht. Gut 50 Prozent der Fläche Deutschlands gelten nach geowissenschaftlichen Kriterien als geeignet, auch die Region um Cuxhaven. Das Elbe-Weser-Dreieck ist weitflächig im „Zwischenbericht Teilgebiete“ vertreten. Der beinhaltet 90 Regionen, in denen mögliche Standorte denkbar sind.

Nächste Möglichkeit für Bürger, an der Endlagersuche mitzuwirken: Von Donnerstag, 10. Juni, 16 Uhr, bis Sonnabend, 12. Juni, 18 Uhr, läuft die digitale „Fachkonferenz Teilgebiete“. Infos zur Anmeldung sowie Programm gibt es unter: [www.fachkonferenz-anmeldung.de](http://www.fachkonferenz-anmeldung.de)

Die Teilnehmenden diskutieren erste Zwischenergebnisse zur Endlagersuche, diese hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. Das Endlager wird laut Standortauswahlgesetz in Salz, Ton oder Granit errichtet.

## Vorträge und Ergebnisse

Am 10. Juni finden Vorträge zu Beteiligung und Transparenz statt und die Ergebnisse der Jugendworkshops zur Endlagersuche werden vorgestellt. Am 11./12. Juni gibt es Arbeitsgruppen, Ergebnisse werden am 12. Juni ab 14 Uhr vorgestellt. Die Teilnehmenden organisieren sich selbst, bestimmen über Inhalt und Schwerpunkte. Die Fachkonferenz wird von einer Geschäftsstelle unterstützt, angesiedelt am Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Die Teilnehmenden wählen zwölf Vertreter und Vertreterinnen für die AG Vorbereitung. Im Oktober 2020 war Auftakt, im Februar erster Beratungstermin, der zweite folgt im Juni, der dritte vom 5. bis 8. August.

Beratungsergebnisse werden einen Monat nach dem letzten Termin an die BGE übergeben, das Unternehmen muss die Ergebnisse bei der Eingrenzung möglicher Standorte berücksichtigen. Auf der Konsultationsplattform kann der Bericht kommentiert werden.

## Geologische Erkundungen

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist Vorhabenträgerin: Sie wertet Daten aus, absolviert geologische Erkundungen. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beaufsichtigt die Endlagersuche samt Öffentlichkeitsbeteiligung. Stets prüft BASE die Vorschläge der BGE, bevor der Bundestag über den nächsten Schritt entscheidet. Nun arbeitet die BGE daran, Teilgebiete für einen möglichen Endlagerstandort einzugrenzen. (red)

[www.endlagersuche-infoplattform.de](http://www.endlagersuche-infoplattform.de).